A2-B Bewegt euch: Umwelt retten!

Gremium: Mitgliederversammlung
Beschlussdatum: 17.11.2018
Tagesordnungspunkt: 0 Beschlüsse

Unsere Gesellschaft ist in Bewegung. Tausende Menschen gingen bei #unteilbar, der Seebrücke und #hambibleibt auf die Straße. Ihre Forderungen - und auch die grünen Wahlerfolge - zeigen, dass es
möglich ist, viele Menschen für globale Solidarität, ambitionierte Umweltpolitik und einen progressiven pro-europäischen Kurs zu begeistern. All dies sind Elemente einer Politik, die nicht auf
Abschottung, der Ausbeutung von Mensch und Umwelt und der Auslagerung von Problemen auf marginalisierte Gruppen und die Umwelt beruht.
Diese Proteste sind auch eine Antwort auf die multiplen Krisen, die wir erleben: Weltweites Artensterben, Klimakatastrophe, Bankenkrise, der Abbau des Sozialstaats, das globale Voranschreiten von Autoritarismus und Ausgrenzung. Als Antwort verstecken sich politische Rechte und Konservative hinter Abschottung, Ausbeutung und Grenzschließung.
Die politische Trennlinie verläuft dabei immer stärker zwischen einem transnationalen Politikentwurf und nationalem Egoismus. Wenn Donald Trump das Pariser Klimaabkommen oder 250.000 Faschist*innen in Polen aufmarschieren machen wir gemeinsam mit progressiven politischen
Bewegungen klar: Unsere Solidarität kennt keine Grenzen. In diesem Kontext ist für uns auch die Lösung der sozialen Frage, wie sie Sahra Wagenknecht vertritt, keine Lösung. Denn jeder Mensch hat
dieselben Rechte, unabhängig davon, an welchem Ort auf der Erde er*sie geboren ist oder lebt. Uns ist bewusst, dass wir die großen politischen Herausforderungen, wie die Klimakatastrophe, den Verlust von Biodiversität, Ungleichheit der Lebensverhältnisse, Hunger, Armut,
Umweltverschmutzung, Krieg und Gewalt nicht mit Kleinstaaterei und Nationalismus lösen werden.
Wir wollen diese Probleme grundsätzlich angehen und keinen Scheinlösungen hinterherlaufen. Es geht uns um den Aufbau breiter Gerechtigkeitsperspektiven, die aufhören Lohnabhängige global gegeneinander auszuspielen. Es geht uns darum, für mehr Gerechtigkeit zu sorgen, indem wir Umwelt und Soziales miteinander zu verknüpfen. Beides gegeneinander auszuspielen verstärkt Ungerechtigkeit und Ungleichheit.

Ausbeutung, Auslagerung und Abschottung

Die wirtschaftlichen und politischen Entwicklungen seit Mitte des 19. Jahrhunderts ermöglichten nicht nur Eliten, sondern auch anderen Schichten der Bevölkerung des Globalen Nordens Teilhabe an einem höheren Wohlstand. Zwar ermöglichten Kämpfe der Arbeiter*innen, vor allem im Globalen Norden Lohnsteigerungen und eine Ausweitung des Sozialstaats. Diese ging allerdings mit einer verstärkten Ausbeutung von Lohnabhängigen und natürlichen Ressourcen, vor allem im Globalen Süden einher.

Mit der globalen Ausbreitung neoliberaler Dogmen ab den 70er Jahren wurde der Wunsch nach Teilhabe an diesem Wohlstandsmodell auch in Ländern wie Brasilien, Indien, China oder Südafrika größer. In Deutschland schlägt sich diese Ausweitung neoliberaler Dogmen im weiter voranschreitenden Abbau des Sozialstaats wieder.

Menschen werden nicht nur ausgebeutet. Insbesondere im Globalen Norden sind sie auch Teil einer Struktur, die andere Menschen ausbeutet. Die massive Überproduktion des Kapitalismus für eigentlich gesättigte Märkte führt zu massiven Folgen für die Umwelt und Menschen. Ausbeutung, Externalisierung und Abschottung sind zentrale Mechanismen, die dies ermöglichen.

Menschen werden nicht nur ausgebeutet. Insbesondere im Globalen Norden sind sie auch Teil einer Struktur, die andere Menschen ausbeutet. Die massive Überproduktion des Kapitalismus für eigentlich gesättigte Märkte führt zu massiven Folgen für die Umwelt und Menschen. Ausbeutung, Externalisierung und Abschottung sind zentrale Mechanismen, die dies ermöglichen.

So wird die Produktion von Gütern durch die Ausbeutung von Mensch und Umwelt ermöglicht. Dies beinhaltet beispielsweise Landgrabbing durch multinationale Konzerne im Globalen Süden, Lohndumping im Norden, die Missachtung von Arbeitsschutzbestimmungen und die massive Zerstörung von Biodiversität, wie sie beispielsweise bei der Abholzung von Regenwäldern oder dem globalen Insektensterben deutlich wird.

Darüber hinaus werden die Kosten und Folgen von Produktion und Konsum vom Globalen Norden in den Globalen Süden ausgelagert, also externalisiert. Große Teile der Produktion im globalen Norden basieren beispielsweise auf der Nutzung fossiler Energieträger. Die Folgen durch die Klimakrise sind allseits bekannt. Sie belasten vor allem den Globalen Süden. Darüber hinaus werden insbesondere durch den Globalen Norden globale Senken in Anspruch genommen. Darunter sind Aspekte des globalen Ökosystems zu verstehen, die für die Entsorgung von Abfallprodukten genutzt werden. Beispiele sind die Atmosphäre, in die Treibhausgase gelangen, Böden, die unter Mülldeponien liegen oder Meere, die sich immer stärker mit Plastik und anderem Müll anreichern und die auch CO2 speichern. Doch die Kapazität dieser Senken ist endlich, ihre Übernutzung führt

zu einer Verstärkung jetzt schon bestehender Ungerechtigkeiten.

Das System kann in der jetzigen Form nur bestehen, wenn es Ressourcen gibt, die ausgebeutet werden können und Externalisierung möglich ist. Ausgrenzung und Ungerechtigkeit ermöglichen die Funktion des Systems.

Dies sind zentrale Elemente von Produktion und Reproduktion kapitalistischer Gesellschaften: Menschen und Umwelt werden ausgebeutet. Kapitalistische Zentren lagern die Kosten ihres Lebensstils in den Globalen Süden aus . Die Wirtschaftsweise des Globalen Nordens ist von diesen Elementen abhängig. Macht, Herrschaft, Ungleichheit und auch Gewalt ermöglichen momentan die Aufrechterhaltung dieser Wirtschaftsweise.

Wir sehen die Folgen dieser Art des Wirtschaftens. Als Antwort werden materielle Zugeständnisse seitens der herrschenden Klassen zurückgeschraubt und Freiheiten immer weiter eingeschränkt. In diesen Tenor verfällt auch die politische Rechte. Ihre Antwort basiert auf Abschottung, Neoliberalisierung und Ausgrenzung.

Um die oben genannten Probleme zu lösen, müssen wir für ein freiheitliches, solidarisch-kooperatives Leben im Rahmen der ökologischen Grenzen unseres Planeten, also für die Überwindung des Kapitalismus, streiten. Das schaffen wir nicht alleine. Wir müssen uns an der Seite politischer Bewegungen und der Zivilgesellschaft einmischen. Und wir müssen Kämpfe global miteinander verknüpfen: Globale und lokale Kämpfe gehören zusammen. Und die vermeintliche Trennung zwischen „Umwelt“ und „Sozialem“ ist keine. Beide Aspekte müssen zusammengedacht werden, denn Wohlstand darf nicht auf Ausbeutung, Externalisierung und Exklusivität beruhen. Wir wollen eine globale Politik, die ambitioniert-radikale Umweltpolitik und soziale Gerechtigkeit zusammen denkt. Daraus leitet sich unser Bestreben nach einem radikalen Wandel ab. Doch um diese Vision zu erreichen, gibt es keine grundlegende Lösung. Wir müssen mit vielen kleinen Schritten eine globale Transformation anstoßen, um Wandlungsprozesse wie Globalisierung, ein linkes Europa, die Überwindung nationalstaatlicher Gedankenkonstrukte und des Kapitalismus sowie eine solidarische Weltgemeinschaft sind dafür notwendiger denn je! Lohnabhängige dürfen dabei nicht gegeneinander ausgespielt werden.

Kampf gegen Umweltzerstörung als Ausgangspunkt für eine globale Politik

Wir stehen momentan vor gravierenden Umweltproblemen, die schon jetzt extreme Auswirkungen auch auf uns Menschen haben. Das weltweite Artensterben, das hauptsächlich vom Menschen verschuldet wird, stellt eine der größten globalen Krisen unserer Zeit dar. Wir brauchen Biodiversität für intakte Ökosysteme, die für uns lebenswichtige Dienstleistungen bereitstellen wie beispielsweise sauberes Trinkwasser, Bestäubung von Blüten für den Ackerbau oder natürliche Ressourcen wie Holz. Des Weiteren kommen ökologische Probleme wie der globale Verlust von Böden, die die Grundlage für unseren Ackerbau darstellen, die

Ausbeutung natürlicher Ressourcen der Wälder oder Fischbestände der Meere mehr hinzu. In unseren Meeren sammelt sich außerdem in großen Mengen Plastik, welches nicht abgebaut wird und so die Menschheit noch lange beschäftigen wird. Die Klimakrise verstärkt dabei viele dieser Effekte. Heute treffen die Folgen der Klimakatastrophen besonders starkem Maße die Menschen in den ärmsten Teilen der Welt, die westlichen Industriestaaten lagern die Kosten ihrer Lebens- und Wirtschaftsweise aus.

Für viele Menschen ist die Klimakatastrophe längst keine Theorie mehr - sie ist knallharte Realität. Immer mehr Menschen verlieren ihr Zuhause und ganze Landstriche werden unbewohnbar. Sie bedeutet Ernteverlust, Wasserknappheit, Überschwemmungen und Hitzewellen, spitzt bestehende Verteilungskonflikte zu und führt an vielen Stellen zum Verlust der Lebensgrundlage. Es geht längst nicht mehr nur um Emissionsreduktionen. Es geht auch um Anpassung an den Klimawandel. Und es geht um den Umgang mit den Folgen, wenn Anpassung nicht mehr möglich ist, zum Beispiel extreme Wettereignisse oder langsam einsetzende Geschehnisse wie Ozeanversauerung, also Verlust und
Schaden. Insbesondere Staaten des Globalen Nordens haben die Klimakrise verursacht. Sie müssen daher im Sinne des Verursacher*innenprinzips Verantwortung tragen und dieser auch gerecht werden. Unsere Unterstützung gilt den Opfern und Geschädigten des Klimawandels - seien es Staaten, Individuen oder Gruppen - die den globalen Norden zur Verantwortung ziehen wollen.

Doch langfristig betrifft die Klimakrise uns alle - sie wird immer mehr zur Existenzfrage der Menschheit. Um echte Antworten auf diese Frage zu finden, brauchen wir eine globale, transnationale
Politik, die echten Umweltschutz mit Gerechtigkeit weltweit zusammen denkt. Bei der die Rechte der Lohnabhängigen in Europa nicht gegen die Bedürfnisse der Menschen in den ärmsten Regionen dieser
Welt ausgespielt, sondern miteinander verbunden werden. Und deren Ziel eine Gesellschaft ist, in der Wohlstand nicht mehr auf der Ausbeutung großer Teile der Welt und der Zerstörung unserer
Lebensgrundlage beruht.

Umwelt retten, Klimakrise bekämpfen

<u>Für ein verbindliches und ambitioniertes Regelwerk im internationalen Klimaschutz</u>

Seit 2016 ist das Pariser Klimaabkommen in Kraft. Obwohl es als großer Schritt im Kampf gegen die Klimakrise hervorgehoben wurde, sind seine Konsequenzen bestenfalls unklar. Zudem manifestiert es an vielen Stellen bestehende Ungerechtigkeiten. In diesem Jahr wird die Klima-COP erneut in Polen stattfinden. Dort soll endlich ein Regelwerk für den internationalen Klimaschutz entstehen und verabschiedet werden. Dies wäre ein längst überfälliger Schritt im Kampf gegen die Klimakrise. Ein solches Regelwerk könnte dafür sorgen, dass endlich tatsächlich Maßnahmen angegangen werden, die dem Ernst der Lage gerecht werden. Dafür ist es unerlässlich, dass das Regelwerk verbindlich, durchsetzbar

und ambitioniert ist. Um ein solches Regelwerk zu erreichen, muss Deutschland endlich seiner Verantwortung gerecht werden und in einer "Koalition der Willigen" mit anderen Ländern zusammen voran gehen. Zu den wichtigen Punkten gehören für uns:

• Finanzierung: Die durch die Staaten des Globalen Nordens zugesagten 100 Mrd. US-Dollar für die Staaten des Globalen Südens müssen endlich ohne Umrechnung und Einpreisung in bisherige Zahlungen fließen. Diese Gelder dürfen sich zugleich nicht auf die Minderung von Emissionen fokussieren, sondern müssen in einem Gleichgewicht zu Mitteln für die Klimaanpassung stehen. Wer unter den Folgen der Klimakrise leidet, hat einen Anspruch auf Förderung und Reparationszahlungen. Eine Förderung der "Verlust"-Forderungen von Staaten wie Saudi-Arabien, welche Geld dafür haben wollen, Öl im Boden zu lassen anstatt es zu verwerten, lehnen wir ab.

• National bestimmte Beiträge: Die Beiträge zur Klimapolitik, die jeder Staat im Rahmen des Pariser Klimaabkommens abgeben muss, müssen klar definiert werden. Die Einhaltung dieser Beiträge muss endlich verpflichtend werden. Es darf nicht weiter nur um Emissionsminderung gehen, auch Anpassung, "Verlust und Schaden" sowie Klimafinanzierung sind für uns elementare Bestandteile einer ambitionierten Klimapolitik. Der Sonderbericht des IPCC hat gezeigt, dass das 1,5°-Ziel noch erreichbar ist – die angekündigten Beiträge der Staaten führen aber zu einer Erwärmung weit über zwei Grad. Daher müssen die angekündigten Beiträge, insbesondere jene des Globalen Nordens, vor 2020 überholt werden. Anschließend soll ihre Überprüfung und, wenn notwendig, Verschärfung in einem Zyklus von fünf Jahren erfolgen.

• Rechte: Nicht nur die Klimakrise gefährdet Menschenrechte. Auch die Umsetzung spezifischer Maßnahmen im Rahmen des Pariser Klimaabkommens kann die Rechte von Menschen verletzen. In allen Aspekten von Klimapolitik müssen daher Menschenrechte, das Recht auf Gesundheit, die Rechte von indigenen Völkern, lokalen Gemeinschaften, Migrant*innen, Kindern, Menschen mit Behinderungen und besonders schutzbedürftigen Menschen und das Recht auf Entwicklung sowie die Geschlechtergerechtigkeit berücksichtigt und eingehalten werden. Für uns geht es dabei aber nicht nur um Menschenrechte im weiteren Sinne, sondern auch um das Prinzip der gemeinsamen, aber unterschiedlichen Verantwortung und das Recht auf Entwicklung. Das Regelwerk darf nicht zu einer weiteren Verteilung von Lasten hin zum Globalen Süden führen.

• Marktmechanismen: Der Clean Development Mechanism – zentraler Marktmechanismus unter der Klimarahmenkonvention (UNFCCC) – sollte nicht fortgeführt werden. Er hat jetzt schon zu massiven Menschenrechtsverletzungen in der Implementierungsphase geführt und war insgesamt auch nicht sonderlich erfolgreich. Sollte er dennoch übernommen werden, so muss er massiv verändert werden. Dazu gehören die Einrichtung eines Beschwerdekörpers für durch die Projekte Betroffene sowie der Ausschluss falscher Lösungen wie CO_2-

Abscheidung und -Speicherung. Gleichzeitig braucht es nicht marktbasierte Lösungen und eine globale Treibhausgas-Steuer.

Wir sind überzeugt, dass marktbasierte Mechanismen keine realistischen Lösungen sind.

Aktivist*innen weltweit
schützen, Globale Bewegungen stärken!Auch wenn Klimakonferenzen und der Pariser Klimavertrag eine hohe öffentliche Aufmerksamkeit erfahren und eine Positionierung hier absolut notwendig ist, ist auch klar: Sie werden das Problem allein nicht lösen. Für die internationale Klimabewegung, die lokale Kämpfe global verknüpft und die Interessen derjenigen ins Zentrum rückt, die besonders vom Klimawandel betroffen sind, können die Klimakonferenzen deshalb Anknüpfungspunkt sein. Ihr Potenzial verwirklicht sie jedoch nur dann, wenn sie auch abseits davon sichtbar ist und die Strategien auch der durch bestehende Machtverhältnisse geprägten UN-Klimaverhandlungen anwendet. Dafür brauchen wir eine global starke Umwelt- und Klimabewegung. In den letzten Jahren wurden unzählige Umweltaktivist*innen getötet, die sich den unmenschlichen Arbeitsbedingungen, Strategien und Folgen fossiler Konzerne widersetzt haben. Sei es beim Einsatz für gerechtere Arbeitsbedingungen beim Steinkohleabbau in Kolumbien oder dem Einsatz gegen die Öl-Lecks von Shell im Niger Delta, diese lokalen Kämpfe haben immer eine globale Dimension und sind von unseren politischen Auseinandersetzungen in Europa trennbar. Sie verknüpfen gemeinsame Kämpfe gegen ein ungerechtes Wirtschaftssystem und eine Politik, die Wirtschaftsinteressen höher priorisiert als den Schutz von Menschenrechten und unserer Lebensgrundlagen. Wir solidarisieren uns mit globalen Kämpfen und stellen uns an die Seite derjenigen, die gegen Ausbeutung, Armut und die Zerstörung unserer Lebensgrundlagen streiten. Diese Kämpfe werden oft auch gegen die herrschende Ordnung geführt. Daher stellen wir uns explizit hinter Strategien und Taktiken wie zivilen Ungehorsam, die herrschende Institutionen umgehen. Globale Kämpfe können nicht nur innerhalb der herrschenden Institutionen gewonnen werden – sie müssen über diese hinausgehen. Dabei dürfen globale Kämpfe niemals lokale Kämpfe aus den Augen
verlieren. Es ist wichtig ihre Verknüpfung im Auge zu behalten und zu erweitern. Das bezieht sich nicht nur auf räumliche Perspektiven, sondern auch auf Verknüpfungen über Themenkomplexe hinweg.
Und während Krisen und Ausbeutung immer weiter voranschreiten, werden die Spielräume für Bewegungen, NGOs, Gewerkschaften und Aktivist*innen immer weiter eingeschränkt oder gar ganz
geschlossen. Dass dies nicht nur in autokratischen, sondern auch demokratischen Staaten geschieht, spiegelt letztlich den globalen Rechtsruck wieder.

Vermehrt auftretende Extremwetterereignisse wie Hitzerekorde, Dürreperioden und Starkregenereignisse haben gezeigt, wie die Klimakrise auch Deutschland betreffen könnte. Die mediale Verknüpfung derartiger Wetterereignisse mit dem Klimawandel und nicht zuletzt der
organisierte Widerstand gegen den klimaschädlichen Braunkohleabbau am Hambacher

Wald oder bei Ende Gelände haben das Thema wieder auf die Tagesordnung gehoben.

Denn langfristig betrifft die Klimakrise uns alle - sie wird immer mehr zur Existenzfrage der Menschheit. Um echte Antworten auf diese Frage zu finden, brauchen wir eine globale, transnationale Politik, die echten Umweltschutz mit Gerechtigkeit weltweit zusammen denkt. Bei der die Rechte der Lohnabhängigen in Europa nicht gegen die Bedürfnisse der Menschen in den ärmsten Regionen dieser Welt ausgespielt, sondern miteinander verbunden werden. Und deren Ziel eine Gesellschaft ist, in der Wohlstand nicht mehr auf der Ausbeutung großer Teile der Welt und der Zerstörung unserer Lebensgrundlage beruht.

Im Einsatz für solche gleichwertigen Lebensverhältnisse solidarisieren wir uns mit sozialen Kämpfen weltweit und stellen uns an die Seite derjenigen, die gegen Ausbeutung und Armut streiten. Diese sozialen Kämpfe verstehen wir dabei nicht als getrennt von unseren politischen Auseinandersetzungen in Europa, sondern als gemeinsame Kämpfe gegen ein ungerechtes Wirtschaftssystem und eine Politik, die Wirtschaftsinteressen höher priorisiert als den Schutz von Menschenrechten und unserer Lebensgrundlage. Dabei gilt unsere Solidarität insbesondere Aktivist*innen die sich gegen globale Autorisierungstendenzen und Faschisierung einsetzen und unter schwierigsten Bedingungen für ihre Rechte einstehen. Wir setzen uns deshalb für eine stärkere Unterstützung von Aktivist*innen und zivilgesellschaftlichen Organisationen in autoritären Staaten und Diktaturen ein.

Außerdem machen wir uns für globale Mechanismen und Instrumente stark, die Klimakämpfer*innen, Gewerkschafter*innen und generell Aktivist*innen wirkungsvoll schützen, notfalls über konkrete

Dafür brauchen wir eine global starke Umwelt- und Klimabewegung. In den letzten Jahren wurden unzählige Umweltaktivist*innen getötet, die sich den unmenschlichen Arbeitsbedingungen, Strategien und Folgen fossiler Konzerne widersetzt haben, wie beispielsweise in den Ölfeldern Nigerias oder dem Kohleabbau in Kolumbien. Wir setzen uns weltweit für den Schutz und die Unterstützung von Klimaaktivist*innen ein.

Klimaziele müssen endlich an den Pariser Klimavertrag angepasst werden

Um den Kohleausstieg zu verhindern deckelt und bremst die Bundesregierung den Ausbau Erneuerbarer Energien im Strombereich massiv, und weigert sich, die Nutzung von Überschussstrom für die Wärme- und Verkehrswende zu ermöglichen. Sie behauptet, dass man nicht gleichzeitig aus Atom und Kohle aussteigen könne: das ist natürlich sachlich falsch – aber offenbar mit dem EEG 2017 gesetzlich festgeschriebenes Ziel der Bundesregierung. Denn laut diesem Gesetz darf der Anteil erneuerbarer Energien im Stromsektor bis 2025 45% nicht übersteigen, was

genau dem Anteil der Erneuerbaren Energien und dem bis 2022 wegfallenden Atomstrom entspricht. Wir fordern dagegen: 95% Erneuerbare Energien bei Strom, Wärme und Verkehr bis 2040 deutschland- und europaweit. Das ist kein Idealismus, sondern bereits bittere Realpolitik: denn um unter 1,5 Grad zu bleiben müsste die Welt bis 2030 klimaneutral werden. Deutschland müsste für echte Klimagerechtigkeit zudem doppelt so schnell Treibhausgase (THG) reduzieren, wie der Weltdurchschnitt, damit alle Menschen den gleichen THG-Fußabdruck hätten. Außerdem werden einzelne Ziele wie „-55% THG bis 2030“ in der Realität erst kurz vor knapp erreicht, die Berechnungen gehen aber von einer gleichmäßigen Reduktion aus.

Deshalb müssen zusätzlich Gesamt-Treibhausgasbudgets, oder noch einmal deutlich ambitioniertere Ziele beschlossen werden. Das Gesamt-Treibhausgasbudget für eine klimaungerechte Energiewende für 50% Wahrscheinlichkeit, unter 1,5 Grad zu bleiben betrüge 5,5 mal die Emissionen des Jahres 2018, für 66% Wahrscheinlichkeit unter 2 Grad zu bleiben 17 Jahresemission, der von uns vorgeschlagene Mittelwert zwischen beiden 11,25 Jahresemissionen. Die Klimaschädlichkeit von anderen Treibhausgasen als CO2, etwa Methan, muss außerdem endlich
mit den aktuellen Werten des IPCC von 2013, statt von 2007 berechnet werden! Dann beträgt die Klimaschädlichkeit von Methan nach 100 Jahren das 34fache von CO2, statt nur das 25fache. Der Wert nach 20 Jahren beträgt allerdings noch 87. Wenn wir in den nächsten 12-32 Jahren weltweit klimaneutral werden sollen, kann es ferner nicht angehen, ausschließlich den 100 Jahres-Wert zur Berechnung zu verwenden.
Dementsprechend halten wir auch die derzeitigen Ziele von Bündnis 90/Die Grünen, in Deutschland mit allen Sektoren außer dem Strom, und in Europa generell erst 2050 klimaneutral zu werden, für unzureichend. Wir werden in Bund, Ländern und Kommunen dafür kämpfen, dass sich das ändert.

Dafür brauchen wir eine global starke Umwelt- und Klimabewegung. In den letzten Jahren wurden unzählige Umweltaktivist*innen getötet, die sich den unmenschlichen Arbeitsbedingungen, Strategien und Folgen fossiler Konzerne widersetzt haben, wie beispielsweise in den Ölfeldern Nigerias oder dem Kohleabbau in Kolumbien. Wir setzen uns weltweit für den Schutz und die Unterstützung von Klimaaktivist*innen ein.

<u>Die Agrarwende als Voraussetzung für Umweltschutz und Globale Gerechtigkeit</u>
Einer der größten Klimakiller ist die fehlgeleitete Agrarpolitik der zurückliegenden Jahrzehnte. Doch nicht nur das Klima wird stark von der Landwirtschaft beeinflusst, auch andere Umweltprobleme wie Biodiversitätsverlust und Bodendegradation sind in großem Maße dadurch bedingt. Ein weiteres Problem stellt der globale Handel mit landwirtschaftlichen Produkten dar. Während die Europäische Union im Rahmen ihrer Entwicklungszusammenarbeit Agrarexpert*innen in Länder des Globalen Südens entsendet, um dort kleinbäuerliche Landwirtschaft auch in Zeiten des Klimawandels weiter möglich zu machen, exportieren europäische Unternehmen

zugleich massenhaft Milchpulver und Hähnchenschenkel, die dieser kleinbäuerlichen Landwirtschaft die Existenzgrundlage entziehen. Damit wird nicht nur eine ökologische Landwirtschaft im Globalen Süden von der industriellen Landwirtschaft in den westlichen Industriestaaten untergraben, sondern auch die
Ernährungssouveränität vieler Länder immer weiter abgebaut.
Ein weiterer Faktor ist land grabbing, bei dem Land an meist ausländische Investor*innen verkauft wird und die lokale Bevölkerung vertrieben wird. Dies muss eingeschränkt werden. Die GRÜNE
JUGEND sieht Boden als Grundlage für Leben und damit auch als Menschenrecht an. Wir fordern ein Beteiligungsrecht der Betroffenen sowie die Anerkennung und Einklagbarkeit von Gewohnheitsrechten, sowie non-formalen, Landeigentums- und Landnutzungsrechten. Nicht nur
Landtitel im Sinne eines westlichen Privateigentums dürfen eine Rolle spielen. Das Argument, dass diese Flächen, welche durch land grabbing genommen werden, großflächig intensiv bewirtschaftet werden müssen, um die Weltbevölkerung ausreichend mit Nahrung versorgen zu können, ist schon lang widerlegt worden. Aktuell könnten wir 12-14 Milliarden Menschen mit dem versorgen, was produziert wird und es sind die kleinbäuerlichen Strukturen, welche einen Großteil der Nahrung produzieren und besser an regionale Gegebenheiten angepasst sind. Nur durch den Erhalt dieser kann Ernährungssouveränität garantiert werden.

Die GRÜNE JUGEND setzt sich dafür ein, die weitere Intensivierung und Industrialisierung der Landwirtschaft zu stoppen. Die globale Diversifizierung, wie sie bei Unternehmen propagiert wird,
sollte nicht auf die Landwirtschaft angewendet werden. Lebensmittel und ihre nötigen Betriebsmittel sollen regional produziert werden. Um Ernährungssicherheit zu gewährleisten, müssen sich die
Verteilung ändern, weniger Lebensmittel weggeworfen und die Produktion tierischer Lebensmittel und Konsumgüter verringert werden.
Die Produktion tierischer Lebensmittel und Konsumgüter ist schädlich fürs Klima, da bei der Viehzucht extrem viel Methan und Kohlenstoffdioxid ausgestoßen werden, die den Treibhauseffekt verstärken
und somit maßgeblich zum globalen Temperaturanstieg beitragen. Außerdem dient ein großer Teil der pflanzlichen Landwirtschaft der Futtermittelproduktion. Auch das können wir so einschränken. Die
Produktion tierischer Lebensmittel und Konsumgüter muss drastisch reduziert werden. Zudem müssen Exporte von vor allem Fleischprodukten, die insbesondere die lokalen Märkte in Ländern des globalen
Südens kaputt machen, gestoppt werden.Wir fordern, dass öffentliche Subventionen in Zukunft nur für ökologische, kleinbäuerliche
Landwirtschaft bewilligt werden. Gefördert soll außerdem eine kleinräumige Bewirtschaftung werden, welche zum Erhalt der Biodiversität beiträgt. Eine vollständige Agrarwende nimmt alle Umweltauswirkungen der Landwirtschaft in den Blick und findet innovative Wege, wie Bodendegradation, Eutrophierung, Artensterben und gesundheitliche
Schäden durch Landwirtschaft verhindert werden können. Es ist möglich, die

Menschheit zu ernähren, ohne die Umwelt zu zerstören. Ökologische Landwirtschaft ist ein Schritt in die richtige Richtung, Konzepte aus der Permakultur können dabei helfen, weiter zu denken. Es wird deutlich, dass die Folgen der Klimakrise global extreme Folgen für Umwelt und Mensch haben und in Zukunft auch noch stärker haben werden. Daher ist es wichtig frühzeitig betroffene Staaten zu unterstützen: Von der Anpassung an die Folgen der Klimakrise bis hin zur Schaffung von Möglichkeiten der Migration.

Klimabedingte Migration würdevoll gestalten

Die Folgen des Klimawandels sind schon heute deutlich spürbar. Immer mehr Menschen verlieren aufgrund des Klimawandels ihr Zuhause. Durch den steigenden Meeresspiegel und die Ausbreitung von Dürregebieten werden bestimmte Teile der Erde in den nächsten Jahrzehnten unbewohnbar werden. Der Klimawandel ist für die Menschen dort schon lange kein theoretisches Konzept mehr, sondern knallharte Realität. Er bedeutet Ernteverlust, Wasserknappheit, Überschwemmungen und Hitzewellen, spitzt bestehende Verteilungskonflikte zu und führt an vielen Stellen zum Verlust der Lebensgrundlage. Unser Kampf gegen den Klimawandel muss deshalb immer auch eine menschenrechtsorientierte Klimafolgenanpassung, also den verantwortungsvollen Umgang mit den Konsequenzen der Klimakatastrophe beinhalten. Dabei haben die Staaten, die historisch in besonders starkem Maße zu den globalen Treibhausgasemissionen beigetragen haben, wie die Staaten der Europäischen Union, im Sinne des Verursacherprinzips eine zentrale Bedeutung. Das betrifft insbesondere die westlichen Industriestaaten und die sogenannten Globalisierungsgewinner*innen. Diese haben über einen langen Zeitraum hinweg die Kosten ihrer Lebens- und vor allem Wirtschaftsweise in andere Teile der Erde ausgelagert. Wir dürfen nicht zulassen, dass diese Teile der Erde nun mit den Folgen davon allein gelassen werden.

Für eine frühzeitige, selbstbestimmte und würdevolle Migration

Unser Ziel ist es, dass möglichst wenige Menschen durch den Klimawandel zur Migration gezwungen werden. Dafür brauchen wir nicht nur ein entschlossenes Eintreten gegen den Klimawandel, sondern auch Unterstützung für die Staaten, die besonders von seinen Konsequenzen betroffen sind, bei der technischen und finanziellen Anpassung an die Folgen des Klimawandels, sowie bei der Bewältigung von humanitären Katastrophen in Folge von extremen Wetterereignissen. Doch das allein wird nicht reichen. Dennoch werden Menschen in den nächsten Jahrzehnten dazu gezwungen sein, übergangsweise oder permanent ihr Zuhause zu verlassen. Es ist eine zentrale Aufgabe der Weltgemeinschaft, diesen Menschen die Möglichkeit zu einer frühzeitigen, selbstbestimmten und würdevollen Migration und langfristige Perspektiven zu bieten. Der Umgang mit diesen Menschen wird ein zentraler Prüfstein für ein humanitäres Europa sein.

Im Zentrum müssen dabei die Interessen der Bewohner*innen aus besonders stark betroffenen Regionen stehen. Wir unterstützen deshalb bereits bestehende Prozesse, in denen schon heute betroffene Staaten mit Anrainerstaaten über

völkerrechtliche Ansätze zum Umgang mit der klimabedingten Migration beraten, wie die „Task Force on Displacement“, die „Nansen-Initiative“ oder den „Warschauer Mechanismus”. Menschenrechtsbasierte Replacement-Programme von Kommunen innerhalb von Staaten oder von Staatsbevölkerungen in Anrainerstaaten müssen finanziell unterstützt werden. Außerdem sollen Kompensationen für Verluste und Schäden durch den Klimawandel für Klimageschädigte, sowohl Staaten als auch Individuen, einklagbar werden. Dafür brauchen sie einen effektiven Rechtsschutz. Deshalb setzen wir uns dafür ein, dass Pionierklagen gegenüber Großunternehmen und Staaten mit einer besonders schlechten Klimabilanz im Rahmen einer globalen Gerechtigkeitsstrategie unterstützt und die internationale Zusammenarbeit bei der Prozesskostenhilfe gefördert werden.

Klimapass als Zeichen der Verantwortung

Gleichzeitig wollen wir die individuellen Möglichkeiten und Rechte der von klimabedingter Migration betroffenen Menschen stärken. Während Migration häufig autoritär-zentralistisch organisiert wird, ist es unser Ziel, das einzelne Individuum in den Mittelpunkt zu stellen. Deshalb fordern wir, dass die Staaten, die in besonders starkem Maße zum Klimawandel beigetragen haben, den Menschen, die dadurch ihr Zuhause verlieren werden, zunächst den Bewohner*innen der pazifischen Inselstaaten, die Staatsbürgerschaft anbieten. Die Staaten der Europäischen Union sollen hier im Rahmen einer gemeinsamen Vereinbarung voran gehen und gleichzeitig international um weitere Partner*innen werben. Damit die Möglichkeit der würdevollen Migration auch tatsächlich besteht, soll sie von Unterstützungsangeboten, die Teilhabe sichern, begleitet werden.Ein solcher Klimapass wäre nicht nur ein Zeichen der Solidarität, sondern auch eine wichtige Voraussetzung für globale Verantwortung.

Klimaflüchtende schützen

Während es unser Ziel ist, möglichst vielen Menschen eine frühzeitige und selbstbestimmte Migration zu ermöglichen, wird es Menschen geben, für die diese Maßnahmen zu spät kommen und die vor den Folgen des Klimawandels so hart getroffen werden, dass sie zur Flucht gezwungen sind. Diese Menschen verdienen besonderen Schutz, für sie gilt es, legale Einreisemöglichkeiten zu schaffen. Wir setzen uns für die Aufnahme von Klimageflüchteten ein. Wir brauchen humanitäre Lösungen für die Herausforderung Klimaflucht, auch hier müssen legale Fluchtwege geschafft werden. Dafür sollen Wege gefunden werden, dass Umweltkatastrophen und Folgen des Klimawandels langfristig zum Beispiel im Rahmen einer ergänzenden Schutzkonvention zur Genfer Flüchtlingskonvention als Fluchtgründe anerkannt werden.

Gleichwertige Lebensverhältnisse überall - für eine Globale Gerechtigkeitspolitik

Der Klimawandel verschärft bestehende soziale Probleme und Verteilungskämpfe. Oft sind diejenigen am meisten betroffen, die sowieso schon unter Ausbeutung und Armut leiden. Wir denken Ökologie und Gerechtigkeit zusammen und wollen den

Kampf gegen die Klimakrise mit dem Einsatz für Globale Gerechtigkeit verbinden. Unser Ziel sind dabei gleichwertige Lebensverhältnisse auf der ganzen Welt. Der Geburtsort ist reiner Zufall und es ist zutiefst ungerecht, dass er heute in großen Teilen darüber entscheidet, ob ein Mensch in Armut lebt und/oder humanitären Katastrophen ausgesetzt ist. Wir wollen, dass Menschen überall gut leben können.

Solidarität mit sozialen Kämpfen weltweit

Im Einsatz für solche gleichwertigen Lebensverhältnisse solidarisieren wir uns mit sozialen Kämpfen weltweit und stellen uns an die Seite derjenigen, die gegen Ausbeutung und Armut streiten. Diese sozialen Kämpfe verstehen wir dabei nicht als getrennt von unseren politischen Auseinandersetzungen in Europa, sondern als gemeinsame Kämpfe gegen ein ungerechtes Wirtschaftssystem und eine Politik, die Wirtschaftsinteressen höher priorisiert als den Schutz von Menschenrechten und unserer Lebensgrundlage. Dabei gilt unsere Solidarität insbesondere Aktivist*innen die sich gegen globale Autorisierungstendenzen und Faschisierung einsetzen und unter schwierigsten Bedingungen für ihre Rechte einstehen. Wir setzen uns deshalb für eine stärkere Unterstützung von Aktivist*innen und zivilgesellschaftlichen Organisationen in autoritären Staaten und Diktaturen ein. Die Forderung nach gleichwertigen Lebensverhältnissen beinhaltet auch die Forderung nach gleichwertigen Arbeitsbedingungen. Wir setzen uns deshalb für international verbindliche Regeln zum Schutz vor ausbeuterischen Arbeitsverhältnissen ein und solidarisieren uns mit Gewerkschafter*innen, die überall auf der Welt für bessere Arbeitsbedingungen kämpfen. Im globalen Kampf gegen Armut setzen wir uns außerdem für die Förderung von Modellversuchen des Bedingungslosen Grundeinkommens auch auf transnationaler Ebene ein, da dieses gerade in Ländern mit kaum existierenden Sozialsystemen und enormen Einkommensunterschieden den Zugang zu einem menschenwürdigen und selbstbestimmten Leben ermöglichen kann.
Außerdem machen wir uns für globale Mechanismen und Instrumente stark, die Klimakämpfer*innen, Gewerkschafter*innen und generell Aktivist*innen wirkungsvoll schützen, notfalls über konkrete Schutzprogramme. Der Bedrohung von Aktivist*innen bis hin zur Ermordung muss endlich ein wirkungsvoller Riegel vorgeschoben werden.

Globale Gerechtigkeitspolitik statt neoliberaler Entwicklungshilfe

Aus dem Kampf für global gleichwertige Lebensverhältnisse ergibt sich unserer Ansatz einer Globalen Gerechtigkeitspolitik. Im Kontrast zur aktuellen Entwicklungspolitik, die an vielen Stellen nichts anderes als Interessenpolitik westlicher Industriestaaten ist, fordern wir eine Politik, die sich an ihrem Beitrag für mehr globale Gerechtigkeit, für eine Angleichung der Lebensverhältnisse und für einen nachhaltigen und ökologischen Umgang mit Umwelt und Ressourcen messen lässt. Wir stellen uns gegen eine Vorstellung von “Entwicklung”, die darauf beruht, im Sinne einer Angleichung an den Globalen Norden kapitalistische Strukturen in Ländern des Globalen Südens zu fördern, die in erster Linie Investitionen eigener Unternehmen vereinfachen. Globale Gerechtigkeitspolitik zielt nicht darauf ab, dass Staaten im Globalen Süden nach

dem Vorbild westlicher Industriestaaten umgebaut werden, sondern dass überall auf der Welt gute und würdevolle Lebensverhältnisse geschaffen und bestehende Machtverhältnisse abgebaut werden.

Globale Gerechtigkeitspolitik umfasst nicht nur staatliche Kooperationen und "Entwicklungszusammenarbeit". Vielmehr ist sie ein Querschnittsthema und betrifft auch einen Wandel der Weltwirtschaftsordnung, einen Paradigmenwechsel in der Handelspolitik und eine zeitgerechte Umweltpolitik. Ein großes Problem der aktuellen Entwicklungspolitik ist, eine mangelnde Kohärenz verschiedeer Politikfelder in den westlichen Industriestaaten und ein eurozentrischer und evolutionistischer Entwicklungsbegriff der ihr zu Grunde liegt.. Häufig geraten entwicklungspolitische Bemühungen mit außen- und wirtschaftspolitischen Interessen in Konflikt oder treten hinter diesen zurück. Doch Globale Gerechtigkeitspolitik bedeutet, dass auch diese Politikfelder im Sinne der Globalen Gerechtigkeit ausgestaltet werden. Deshalb fordern wir dass politische Maßnahmen im Globalen Norden verbindlich im Rahmen einer “Global South Mainstreaming” Analyse auf ihre Auswirkungen auf Länder im Globalen Süden untersucht werden.

Auf dem Weg zu einer Globalen Gerechtigkeitspolitik fordert die GRÜNE JUGEND die Gelder für Entwicklungszusammenarbeit aus dem Bundeshaushalt endlich auf mindestens 0,7 Prozent des Bruttoinlandsproduktes anzuheben und diese Mittel demokratischen und rechtsstaatlichen Ländern im globalen Süden ohne Projektbindung zur Verfügung zu stellen. Das politische Ringen um die Entwicklung eines Staates darf nicht durch Geldmittel anderer Staaten entdemokratisiert werden, sondern muss ein Aushandlungsprozess innerhalb eines Staates durch Parlamente und zwischen Staaten auf Augenhöhe sein.
Gleichzeitig sollen Gelder nicht nur Staaten, sondern auch zivilgesellschaftlichen Akteur*innen und Organisationen zukommen. Das ist gerade dort wichtig, wo Staaten demokratische Prinzipien verraten und zivilgesellschaftliches Engagement eingeschränkt wird. Wir stellen uns gegen jegliche Versuche, Entwicklungszusammenarbeit mit der Unterstützung bei der Abschottungspolitik der Europäischen Union zu verbinden. Abkommen, die diesem Prinzip folgen, wie zum Beispiel das Rückführungsabkommen mit Libyen, müssen unverzüglich aufgekündigt werden.

Globale Nachhaltigkeit ohne Wirtschaftswachstum
Die GRÜNE JUGEND begrüßt grundsätzlich Beschluss und Umsetzung der Sustainable Development Goals (SDGs) der Vereinten Nationen. In den SDGs wird allerdings noch immer auf Wirtschaftswachstum als Mittel gegen Armut und schlechte Lebensumstände im globalen Süden gesetzt.
Das durch die SDGs postulierte Nachhaltigkeitsverständnis beruht auf der Annahme, Nachhaltigkeit sei nur durch ein "Gleichgewicht" von Ökonomie, Ökologie und Sozialem erreichbar. Dieses Nachhaltigkeitsnarrativ ist politisch und gesellschaftlich breit verankert. Es führt letztlich dazu, dass Ökologie und Soziales als entgegensetzte Pole betrachtet und beide Elemente

Wirtschaftswachstum untergeordnet werden. Die Konflikte, die zwischen den drei Feldern entstehen, werden innerhalb der SDGs nicht aufgelöst, insbesondere zwischen sozio-ökonomischen Fortschritt und ökologischer Nachhaltigkeit Es kommt zu größerer sozialer Ungleichheit und auch mehr Umweltproblemen, obwohl es viele und auch gute Ziele in diesen Bereichen gibt und sogar in der Einleitung der Agenda anerkannt wird, dass es soziale und ökonomische Entwicklung nicht nachhaltig geben kann, wenn die Ressourcen des Planeten ausgebeutet werden. So ignorieren die Vereinten Nationen letztlich die Belastungsgrenzen von Natur und Gesellschaft. Umweltzerstörung, Klimakrise und Armut werden durch Wachstum nicht bekämpft, sondern verschärft.
Die GRÜNE JUGEND stellt sich gegen das Dogma des Wirtschaftswachstums und setzt sich für eine Wirtschaftsweise ein, bei der Wohlstand nicht mehr am BIP gemessen wird und allen Menschen statt überflüssigem Konsum ein gutes Leben geboten wird. Auf Ebene der Vereinten Nationen muss
anerkannt werden, dass Klimaschutz, ein nachhaltiger Umgang mit natürlichen Ressourcen sowie ein Ende der massiven globalen Ungleichheit nicht erreichbar sind ohne eine Abkehr vom kapitalistischen Wirtschaftswachstum. Es braucht einen ethischen Ansatz, der Bedürnisse von Menschen und den Umgang mit unseren Lebensgrundlagen ins Zentrum rückt.

Gerechte Handelspolitik und faire Beschaffung Wirklichkeit werden lassen
Der handelspolitische Neoliberalismus von Freihandelsabkommen wie TTIP, CETA oder JEFTA muss durch eine Handelspolitik auf Grundlage fairer und ökologischer Standards ersetzt werden. Dieser Ansatz sollte nicht mit einer Infragestellung europäischer Zuständigkeit einhergehen, sondern muss auf dem Kampf um politische Mehrheiten und Bewegungen für eine faire Handelspolitik in Europa fußen. Das Zurückfallen in eine nationalstaatliche Handelspolitik oder in einen nationalstaatlichen Protektionismus lehnt die GRÜNE JUGEND klar ab. Vielmehr müssen einheitliche, transnationale Standards gesetzt werden, die diejenigen fördern, die ökologisch und sozial produzieren und denjenigen einen Riegel vorschieben, die auf Kosten menschlicher Gesundheit und der Stabilität unseres Ökosystems wirtschaftliche Profite erzielen. Deshalb fordert die GRÜNE JUGEND ein einheitliches Siegel, das die ökologischen und sozialen Ansprüche an die globale Produktionsweise vereint. Dieses Siegel soll zur Voraussetzung von Importen und Exporten in und aus der Europäischen Union werden.
Globale Gerechtigkeitspolitik muss also auf eine gleichberechtigte und nachhaltige Entwicklung der gesamten Weltgemeinschaft hinwirken. Dafür müssen auch die notwendigen Schritte in der Entwicklung von Ländern des globalen Nordens hin zu fairer Beschaffung der öffentlichen Hand gegangen werden. Die Bundesrepublik, die Länder und die Kommunen beschaffen im Jahr Güter im Wert von rund 300 Milliarden Euro. Auf dem Weg zu einem einheitlichen europäischen Siegel muss die öffentliche Hand vorausgehen. Die GRÜNE JUGEND fordert daher, dass die Beschaffungsstellen des Bundes, der Länder und der Kommunen mit entsprechend fachlicher Expertise ausgestattet und verpflichtet werden müssen, jegliche Güter fair zu beschaffen.
Für “fairen Handel” reicht es jedoch nicht aus, wenn Arbeiter*innen im Globalen Süden, die die Rohstoffzufuhr für Veredelungsgüter im globalen Norden absichern,

einen ortsüblich vergleichbar guten Lohn erhalten. Denn mit diesem wird möglicherweise ein vergleichsweise gutes Leben ermöglicht, von europäischen Lebensstandards kann aber noch lange nicht die Rede sein. Solange Länder des globalen Südens nur als Rohstofflieferanten und Länder des globalen Nordens als Veredelungsökonomien betrachtet werden, wird eine faire Angleichung von Lebensstandards systematisch untergraben. Folglich darf fair nicht nur bedeuten, dass fair produzierte Kaffeebohnen nach Europa transportiert werden, die dann von europäischen Röstereien veredelt werden. Fair muss bedeuten, dass Länder des globalen Südens die Möglichkeit erhalten müssen, selbst von ihren Rohstoffen, von ihren Spezialisierungen, von ihren Erfahrungen und ihrer Kompetenz zu profitieren. Das ist aber solange nicht möglich, wie auf veredelten Kaffee ein weit höherer Einfuhrzoll nach Europa aufgeschlagen wird als auf den Rohstoff, die Kaffeebohne. Die GRÜNE JUGEND fordert, dass dieser unfaire Protektionismus europäischer Staaten umgehend beendet wird.

Die Welt rettet sich nicht von allein!

Diese Kämpfe werden wir nicht alleine gewinnen und wir werden sie auch nicht nur in Deutschland und Europa gewinnen. Aber es ist notwendig, dass wir alle jetzt anpacken, um Schlimmeres zu verhindern und gleichzeitig eine echte Zukunftsperspektive aufzumachen.

Wir werden auch Hand in Hand mit den sozialen und ökologischen Bewegungen auf dem ganzen Planeten kämpfen müssen. Wir stehen solidarisch mit den Gewerkschafter*innen überall auf der Welt, die für gerechte Bezahlung und gute Arbeitsbedingungen kämpfen. Wir stehen solidarisch mit den Menschen, die gegen die Zerstörung ihres Wohnortes kämpfen. Und wir schmieden gemeinsam an Bündnissen mit allen Akteur*innen, die diesen Kampf für eine gerechtere und bessere Welt führen und die bestehenden Verhältnisse umschmeißen wollen.

Wir haben eine Welt zu retten, also warten wir nicht länger.